

8. November 2013

PRESSEMITTEILUNG

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DER EZB UND DES IWF ZUR ZWEITEN GEMEINSAMEN PRÜFUNG ZYPERNS

Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen vom 29. Oktober bis zum 7. November zur zweiten vierteljährlichen Prüfung des zyprischen Wirtschaftsprogramms in Nikosia zusammen, das mit Finanzmitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und des IWF unterstützt wird. Das Programm soll die Stabilität des Finanzsektors wiederherstellen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stärken und Strukturreformen zur Förderung des langfristigen Wachstums einleiten. Dabei soll das Gemeinwohl der Bevölkerung geschützt werden.

Zyperns Programm verläuft planmäßig. Sämtliche Haushaltsziele sind deutlich übertroffen worden, was auf die ehrgeizige Haushaltskonsolidierung, einen umsichtigen Haushaltsvollzug und eine geringere konjunkturelle Abschwächung als ursprünglich projiziert zurückzuführen ist. Auch die Strukturreformen kommen voran. Außerdem sind seit der letzten Prüfung deutliche Fortschritte bei der Rekapitalisierung und Umstrukturierung des Finanzsektors erzielt worden. Ab Juli war daher eine weitere Lockerung der Zahlungsverkehrsbeschränkungen möglich, was mit dem meilensteinbasierten Stufenplan der Regierung im Einklang steht.

Die wirtschaftliche Lage stellt sich weiterhin schwierig dar, wenngleich die Rezession nicht so stark ausgefallen ist wie erwartet. Projektionen zufolge, die auf aktuellen Indikatoren basieren, wird die Produktion im Jahr 2013 um rund 7,7 % schrumpfen. Dies ist in etwa 1 Prozentpunkt weniger als ursprünglich angenommen. Der Tourismus und die freiberuflichen Dienstleistungen haben sich als relativ robust erwiesen, und es war erneut eine allmähliche Zunahme des Vertrauens zu beobachten. Neue Direktinvestitionen im Bankensektor sind ein positives Zeichen. Was die weitere Zukunft angeht, so wird damit gerechnet, dass die Produktion im Jahr 2014 um 4,8 % zurückgeht, da die hohe Verschuldung im privaten Sektor dringend verringert werden muss, und sich erst allmählich ab 2015, getragen von den

nichtfinanziellen Dienstleistungen, eine Erholung einstellt. Dieser Ausblick ist jedoch weiterhin mit erheblichen Risiken behaftet.

Die Behörden haben beträchtliche Fortschritte bei der Rekapitalisierung und Umstrukturierung des Finanzsektors erzielt. Die Hellenic Bank ist mit privaten Mitteln, unter anderem auch von ausländischen Anlegern, und ohne staatliche Hilfen erfolgreich rekapitalisiert worden. Die Bank of Cyprus hat einen neuen Verwaltungsrat und Vorstandsvorsitzenden eingesetzt. Außerdem hat sie einen Restrukturierungsplan aufgelegt, mit dem mittelfristig die Rentabilität der Bank wiederhergestellt werden soll. Mittel zur Rekapitalisierung des genossenschaftlichen Kreditgewerbes sind auf einem Sonderkonto gesichert worden, sodass die Inhaber von Einlagen nicht betroffen wären. Für die Cooperative Central Bank ist ein Verwaltungsrat ernannt worden, und die Umstrukturierung des Sektors kommt voran: vier Zusammenschlüsse unter Beteiligung von 28 Instituten sind bereits abgeschlossen.

Mit Blick auf die Zukunft besteht die größte Herausforderung darin, die Bankbilanzen zu sanieren und das Vertrauen der Einleger wiederherzustellen. Dies ist unerlässlich für die Wiederaufnahme der Kreditvergabe an den privaten Sektor, die zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung notwendig ist. Eine sorgfältige Umsetzung der Restrukturierungspläne im Bankensektor wird von entscheidender Bedeutung sein. Dies schließt Bemühungen zur Restrukturierung von Krediten angeschlagener aber überlebensfähiger Kreditnehmer mit ein, während Anreize für eine strategische Entscheidung der Nichtbedienung vermieden werden müssen. Die Zahlungsverkehrsbeschränkungen sollten im Einklang mit dem veröffentlichten meilensteinbasierten Stufenplan weiter gelockert werden, während gleichzeitig die Finanzstabilität gewahrt wird. Schließlich müssen die Behörden die aufsichtsrechtlichen und regulatorischen Handlungsrahmen sowie den Handlungsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche weiter stärken.

Die öffentlichen Finanzen entwickelten sich nach wie vor positiv. Die Behörden erzielten bis Ende September einen kumulativen Primärüberschuss von rund 0,7 % des BIP, sodass die Programmziele problemlos erfüllt wurden und die Jahresendziele ohne Weiteres erreicht werden können. Angesichts der bisherigen Ergebnisse dürfte das Haushaltsdefizit 2014 gemessen am BIP etwa 1 % niedriger ausfallen als ursprünglich angenommen. Der Haushalt für 2014 bleibt konservativ und scheint die in den kommenden Jahren erforderliche Konsolidierung teilweise vorzuverlegen, um einen langfristigen Primärüberschuss von 4 % des BIP zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Damit wäre ein nachhaltiger Rückgang bei der öffentlichen Verschuldung erreicht.

Die Strukturreformen kommen voran. Um eine ehrgeizige Reform der Einnahmenverwaltung durchzuführen, wurde eine Governance-Struktur geschaffen, mit der die Effizienz der Steuererhebung verbessert werden soll. Fortschritte sind auch bei der Reform des Sozialsystems zu verzeichnen. Hier wird eine garantierte Mindesteinkommenssicherung eingeführt, die im Bedarfsfall – auch jenen, die derzeit keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben – finanzielle Unterstützung gewährt. Dies ist angesichts der schwierigen Wirtschaftslage von besonderer Bedeutung. Diesbezügliche Bemühungen müssen fortgeführt und in den kommenden Wochen um weitere Schritte ergänzt werden, mit denen die Privatisierung vorangetrieben wird.

Die bislang zu beobachtende energische Umsetzung des Programms durch die Behörden ist zu begrüßen. Da jedoch immer noch beträchtliche Risiken bestehen, ist weiterhin eine fortgesetzte vollständige und rechtzeitige Umsetzung der Maßnahmen für den Erfolg des Programms unerlässlich.

Nächste Schritte: Die Verabschiedung der Ergebnisse dieser Prüfung durch die Eurogruppe, den Verwaltungsrat des ESM und das Exekutivdirektorium des IVF wird für Dezember erwartet. Damit wäre der Weg für die Auszahlung von 100 Mio € durch den ESM und rund 86 Mio € durch den IVF frei.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.